

Unter der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird die Fähigkeit des Staates verstanden, die Staatsfinanzen langfristig auf einem Niveau zu halten, das als solide erachtet wird und es dem Staat ermöglicht, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Um die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sicherzustellen, müssen die Regierungen kontinuierliche strategische Prognosen zu den zukünftigen Einnahmen und Verbindlichkeiten des Staates, Umweltfaktoren und sozioökonomischen Trends erstellen, um die Finanzplanung entsprechend anzupassen. Ein hoher und steigender Schuldenstand beeinträchtigt die Finanzlage der öffentlichen Haushalte und kann eine Schuldenspirale auslösen, in der das wirtschaftliche Wachstumspotenzial abnimmt, weil weniger Mittel für produktive Investitionen zur Verfügung stehen. Viele OECD-Länder weisen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise nach wie vor eine steigende Staatsschuldenquote auf. Die durch die aktuelle Konjunkturschwäche verursachten Kosten in Verbindung mit dem erwarteten Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben stellen gravierende Herausforderungen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dar.

Die OECD hat Schätzungen aufgestellt, um wie viel der strukturelle Primärsaldo in den einzelnen Ländern verbessert werden müsste, um die Bruttostaatsverschuldung bis 2030 auf 60% des BIP zu senken. Diesem Modell zufolge wäre in Griechenland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten insgesamt eine durchschnittliche Verbesserung des jeweiligen strukturellen Primärsaldos des Jahres 2012 um mehr als 6% des Potenzial-BIP (Vollauslastung der Volkswirtschaft) erforderlich, um die Staatsverschuldung innerhalb dieses Zeitraums auf 60% des BIP zu verringern. In Japan wäre eine Steigerung um 13% des Potenzial-BIP notwendig, um die Staatsschuldenquote auf 60% zu reduzieren. Die dafür erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen sind jedoch so umfangreich, dass in diesem Szenario nicht davon ausgegangen wird, dass Japan dieses Ziel bis 2030 erreicht. Dagegen wird angesichts der gegenwärtigen Verfassung der Staatsfinanzen (z.B. hinsichtlich Finanzierungssaldo und Schuldenstand) in Dänemark, Deutschland, Estland, Korea und der Schweiz nicht damit gerechnet, dass diese Länder Überschüsse benötigen, um die Verschuldung auf den Zielwert von 60% des BIP zu reduzieren.

Im Schnitt entspricht die von den OECD-Mitgliedsländern umgesetzte bzw. angekündigte Haushaltskonsolidierung für den Zeitraum 2009-15 einem Umfang von mehr als 5,5% des BIP. Zwei Drittel der Konsolidierung werden durch Maßnahmen auf der Ausgabenseite, das verbleibende Drittel durch einnahmeseitige Maßnahmen erzielt. Der Umfang und die Zusammensetzung der Konsolidierungspakete sind jedoch in den einzelnen OECD-Ländern sehr unterschiedlich. In den Ländern mit den größten wirtschaftlichen Ungleichgewichten und der raschesten Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage ist eine umfangreichere Konsolidierung erforderlich. Dementsprechend haben Griechenland, Irland und Portugal Konsolidierungspakete im Umfang von mehr als 12% des BIP angekündigt. Dagegen machen die von Kanada, Schweden und der Schweiz umgesetzten oder angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen weniger als 1,6% des BIP aus. Ausgabenseitige Maßnahmen bilden in den meisten Ländern den größten Anteil an den Konsolidierungspaketen. Einnahmeseitige Maßnahmen stellen lediglich in sieben Ländern – Belgien, Dänemark, Estland, Italien, Polen, der Tschechischen Republik und der Türkei – den höchsten Anteil.

Für fundierte strategische Prognosen sollten die Kosten des demografischen Wandels berücksichtigt werden, insbesondere da sich die meisten OECD-Mitgliedsländer angesichts des erwarteten Anstiegs der durch die Bevölkerungsalterung bedingten Ausgaben und des technischen Fortschritts zunehmenden Budgetengpässen im Gesundheitswesen, in der Langzeitpflege und bei den Renten ausgesetzt sehen. Im Schnitt wird damit gerechnet, dass bei einer unveränderten Fortsetzung der gegenwärtigen Politik die alterungsbedingten Staats-

ausgaben in den OECD-Mitgliedsländern zwischen 2014 und 2030 um fast 3 Prozentpunkte des BIP steigen werden.

Methodik und Definitionen

Die Daten für Abbildungen 2.18 und 2.20 stammen aus dem OECD-Wirtschaftsausblick 93. Der insgesamt erforderliche Konsolidierungsumfang für eine Rückführung der Bruttostaatsschuldenquote auf 60% des BIP wird in zwei Zeitspannen gemessen: zwischen 2012 und 2014 als die Veränderung des strukturellen Primärsaldos und von 2014 bis 2030 als die Differenz zwischen dem 2014 erreichten Niveau des strukturellen Primärsaldos und seinem Durchschnittswert für den Zeitraum 2014-2030. Die Annahmen, die bei der Ermittlung des zur Verringerung der Schuldenquote auf 60% erforderlichen Primärsaldos zu Grunde gelegt wurden, sind Kasten 4.5 und Tabelle 4.2 im OECD-Wirtschaftsausblick 93 zu entnehmen.

Die Daten für Abbildung 2.19 stammen aus dem OECD Fiscal Consolidation Survey 2012.

Bei den meisten Ländern beziehen sich die für die Zwecke dieser Berechnungen verwendeten Daten zur Bruttoverschuldung auf die gesamtstaatlichen (kurz- und langfristigen) Verbindlichkeiten gemäß der Definition im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Diese Definition der Verschuldung weicht von der Definition des Maastricht-Vertrags ab, die zur Bewertung der Lage der öffentlichen Finanzen der EU-Länder verwendet wird.

Weitere Informationen

OECD (2013), „OECD-Wirtschaftsausblick 93“, OECD Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank), <http://dx.doi.org/10.1787/data-00655-en>.

OECD (2012), *Restoring Public Finances, 2012 Update*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264179455-en>.

Anmerkungen zu den Abbildungen

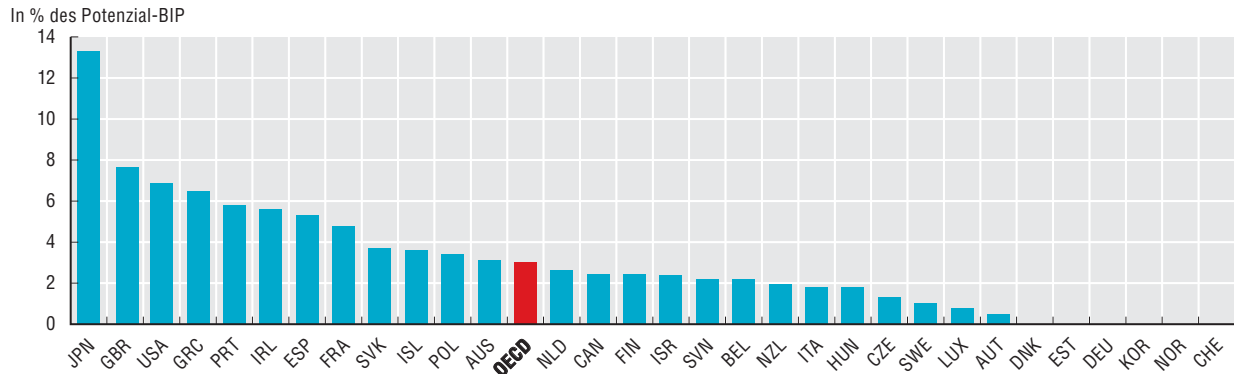
2.18 und 2.20: Für Chile, Mexiko und die Türkei stehen keine Daten zur Verfügung. In Dänemark, Deutschland, Estland, Korea, Norwegen und der Schweiz ist keine Konsolidierung erforderlich, um bis 2030 eine Bruttostaatsschuldenquote von 60% des BIP zu erreichen. Der OECD-Durchschnitt ist ungewichtet. Haushaltsprojektionen resultieren aus der Anwendung eines stilisierten Haushaltskonsolidierungspfades und sollten nicht als Prognose interpretiert werden.

2.19: Die Daten sind die Summe des jährlichen inkrementellen Konsolidierungsumfangs von 2009/2010 bis 2015 gemäß den Angaben der zuständigen nationalen Stellen. Nur die folgenden Länder meldeten eine Konsolidierung im Jahr 2009: Estland, Irland, Polen, Slowenien und Ungarn. Die Haushaltskonsolidierung in Ungarn im Zeitraum 2007-08 wurde nicht berücksichtigt. In Österreich reicht der Konsolidierungszeitraum bis 2016. Die folgenden Länder haben keine Angaben zu einem angekündigten konkreten Konsolidierungsplan gemacht und wurden nicht in die Abbildung aufgenommen: Japan, Korea und die Vereinigten Staaten. Australien vermeldet Konsolidierungsmaßnahmen (insbesondere im Jahr 2013), verwendet jedoch eine breitere Definition des Begriffs „Konsolidierung“ als in dieser Erhebung. Neuseeland und Slowenien haben einige Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen gemeldet, die jedoch nicht in vollem Umfang quantifiziert wurden.

2.20: In Fällen, in denen für die alterungsbedingten Ausgaben keine Projektionen für den Zeitraum 2014-2030 zur Verfügung standen, wurde lineare Interpolation angewendet.

Hinweis zu den Daten für Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

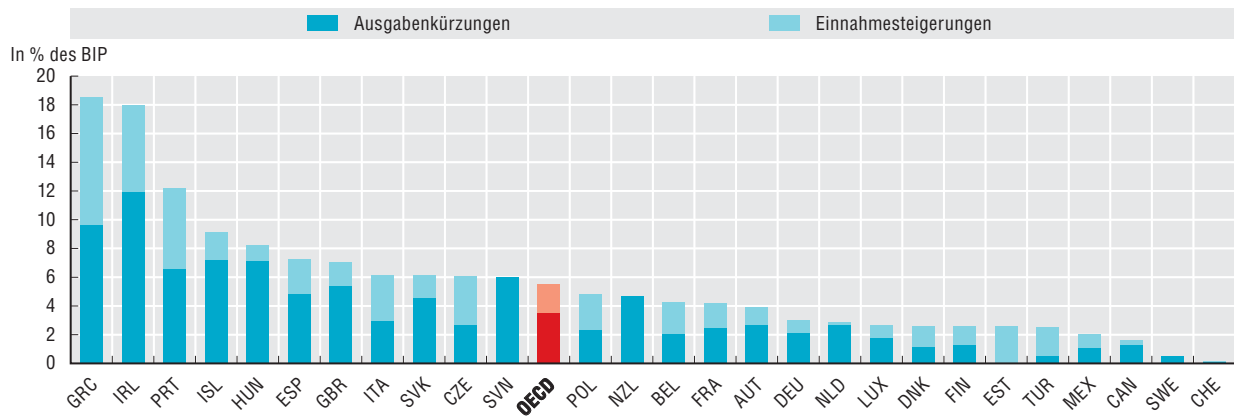
2.18. Zur Verringerung der Bruttostaatsschuldenquote auf 60% des BIP erforderlicher Gesamtkonsolidierungsbedarf zwischen 2012 und 2030



Quelle: OECD-Berechnungen; OECD (2013), „OECD-Wirtschaftsausblick 93“, OECD Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank), Mai 2013, <http://dx.doi.org/10.1787/data-00655-en>.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932941120>

2.19. Ausgabenseitige und einnahmeseitige Haushaltskonsolidierung in Prozent des BIP (2009-2015)

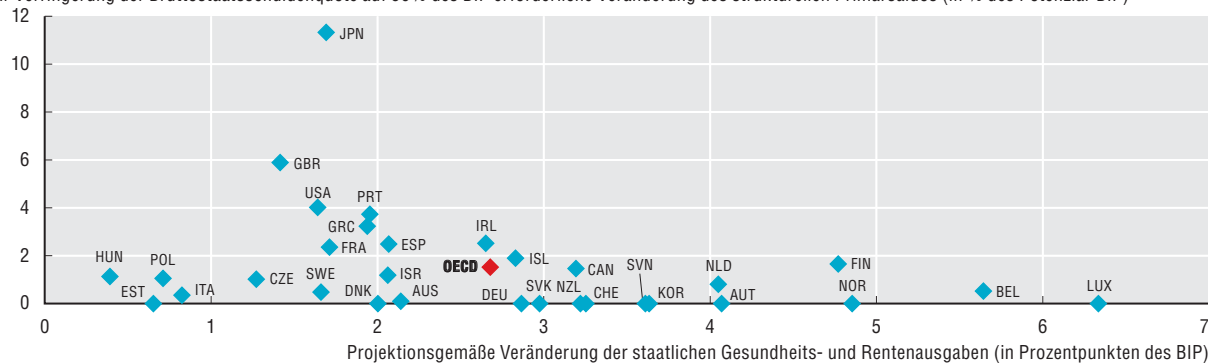


Quelle: OECD Fiscal Consolidation Survey 2012.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932941139>

2.20. Haushaltskonsolidierungsbedarf und projektionsgemäßer Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben (2014-2030)

Zur Verringerung der Bruttostaatsschuldenquote auf 60% des BIP erforderliche Veränderung des strukturellen Primärsaldos (in % des Potenzial-BIP)



Quelle: OECD-Berechnungen; OECD (2013), „OECD-Wirtschaftsausblick 93“, OECD Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank), Mai 2013, <http://dx.doi.org/10.1787/data-00655-en>.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932941158>



From:
Government at a Glance 2013

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/gov_glance-2013-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen", in *Government at a Glance 2013*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264209541-11-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.